



Ev.-Luth.



Kirche
in Oldenburg

Informationen
für die
3. Tagung der
48. Synode
der Ev.-Luth. Kirche
in Oldenburg
vom 28.-30. Mai 2015

Schwerpunktthema
Kirche und Migration

Migration und Kirche: Erfahrungen und Herausforderungen – Einsichten und Reflektionen

Tagesprogramm 28. Mai 2015

Uhrzeit	Programmpunkt	Ort
13.45 h	Abfahrt und Bustransfer nach Delmenhorst	Ev. Bildungshaus Rastede
14.45 h	Begrüßung > Grußwort Pfrn. Frerichs / Pfr. Martschin > Grußwort Oberbürgermeister Jahnz	Gemeindehaus der Ev. Kirche „Zu den Zwölf Aposteln“, Breslauerstraße 88, 27755 Delmenhorst-Düsternort
15.00 h	Einführung: „Delmenhorst – eine Einwanderungsstadt. Hinweise zur Migrationsgeschichte der Stadt“ Herr Jankowsky / Herr Mehrtens Stadtentwicklung und Statistik	wie vorstehend
15.15 h	Thematischer Impuls: „Kirche in der Migrationsgesellschaft“ Dr. Hans-Peter Schmidtke, Prof. i.R.	wie vorstehend
15.45 h	Abfahrt zu den Erfahrungsorten	
16.00 – 17.30 h	Gespräch mit Mitarbeitenden der Erfahrungsorte	
17.30 h	Transfer zur Syrisch-Orthodoxen Kirche „St. Johannes“	Elsfletherstraße 2, 27751 Delmenhorst
18.00 h	Begrüßung vom Erzbischof der Syrisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland, Dr. Julius Hanna Aydin, mit Besuch der Kirche	wie vorstehend
18.30 h	Abendessen und Begegnung im Gemeindehaus der Syr.-Orth. Kirche	wie vorstehend
19.30	Abfahrt und Bustransfer nach Rastede	wie vorstehend

(Stand: 24.04.2015)

Inhaltsverzeichnis

Wort der AG Jahresthema	4
Theologische Hinführung und Reflexion	6
Kirche in der Migrationsgesellschaft: Einsichten und Reflektionen	8
Auswirkungen von Zuwanderung auf die Bevölkerungszahl	9
Flüchtlinge und Asyl	11
Flüchtlingswege nach Europa	13
Kundgebung „Tolerant im Glauben“	14
Exkurs: Leitbegriffe und Definitionen	15
Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus	18
Deutschland: Einwanderungsland und Migrationsgesellschaft	19
Einwanderungsland Niedersachsen	21
Zuwanderung im Oldenburger Land	22
Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund im Oldenburger Land	23
Stadt Delmenhorst Zahlen zur Migration	24
Kirchliches und diakonisches Engagement zum Thema Migration und Asyl	26
Zur Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien	27
Das Vaterunser auf Deutsch und Aramäisch	31

Liebe Synodale, liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, sich anhand der in dieser Informationsschrift aufgeführten Artikel über das Jahresthema 2015 der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg zu informieren.

Mit der Festlegung des Jahresthemas „Migration und Kirche“ nehmen Sie eines der zentralen Gesellschafts- und Zukunftsthemen unseres Landes in den Blick: Zu- und Einwanderung im Kontext des demographischen Wandels, des Fachkräftemangels und der zunehmenden kulturellen sowie religiösen Vielfalt.

Zudem beinhaltet dieses Thema auch die Situation in unserer Einen Welt: Globalisierung, zunehmende weltweite Migration und zur Zeit besonders die großen Flüchtlingsbewegungen aufgrund von Krisen und Kriegen in etlichen Ländern.

Das Jahresthema ist also wesentlich umfassender als das, was gegenwärtig bei uns unter den Stichworten „Flucht und Asyl“ öffentlich diskutiert wird. Denn

- die Vereinten Nationen schätzen die Zahl der Migranten/innen für das Jahr 2013 auf weltweit 232 Millionen Menschen;
- nach UNHCR-Angaben befanden sich in 2014 über 56,7 Millionen Menschen auf der Flucht;
- durch Migration, Flucht und Asyl ist Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu einem Einwanderungsland und zu einer Migrationsgesellschaft geworden. Rund 16 Millionen Menschen in Deutschland haben mittlerweile einen sogenannten Migrationshintergrund, also fast jede/r fünfte Bewohner/in. Sie leben hier und gehören mit ihren Prägungen und Herkunft zu unserer Gesellschaft.
- die Flüchtlinge erinnern uns daran,

dass Migration eine Zukunftsent-scheidung ist. Migration ist Ausdruck der Hoffnung auf ein besseres Leben und der Zuversicht von Menschen. Sie ist die Spur der Suche nach Glück und Sicherheit. Gerade bei Flüchtlingen wiegt der Mut mehr als die Angst und die Gefahren der Flucht. Sie wollen unbedingt aus ihrem schicksalhaften Unglück herauskommen.

In Niedersachsen leben die meisten Menschen mit Migrationshintergrund in der Region Weser-Ems. Vor allem hier finden auch die aktuellen Zuwanderungsprozesse statt. Somit ist auch das Oldenburger Land als eine strukturstarke Region zu einem attraktiven Zielgebiet von Migration geworden. Dadurch verändert sich die ethnische, kulturelle und religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung zunehmend. Das Oldenburger Land als ein besonderer Traditionsraum wird vielfältiger und es muss Heimat auch für die sein können, die später dazu gekommen sind.

Der Gesamtblick auf das Oldenburger Land mit einem Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund von 17,5 % zeigt, dass in den Städten und Landkreisen keine einheitliche Migrations- und Integrationssituation besteht. Entsprechend der unterschiedlichen Zuwanderungsprozesse nach Deutschland haben sich die Gegebenheiten auch hier ganz unterschiedlich entwickelt. So beträgt der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Friesland 7,1 %, in der Stadt Delmenhorst dagegen 28 %.

Aktuell steht im Oldenburger Land die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Vordergrund. Bemerkenswert ist aber auch die gleichzeitig stattfindende Zuwanderung im Rahmen der EU-Freizügigkeit. In den Landkreisen Cloppenburg, Oldenburg und Vechta ist prekäre Beschäftigung von

Werkvertragsarbeitern eine besondere Herausforderung. Dort arbeiten und leben Menschen, vor allem aus EU-Ländern, in erheblicher Anzahl unter schwierigen Lebensumständen und tragen zu unserem Wohlstand bei.

Die christlichen Kirchen sind Teil des Einwanderungslandes Deutschland und sollten sich mit den Migrations- und Integrationsprozessen sowie mit den damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen aktiv und zukunftsorientiert auseinandersetzen. Zugleich sind die christlichen Kirchen bedeutsame gesellschaftliche Akteure und haben eine Stimme im öffentlichen Raum. Sie sind gefordert, auf der Grundlage des eigenen Selbstverständnisses zu Fragen der Einwanderung und der Pluralisierung, insbesondere der religiösen Vielfalt, Stellung zu beziehen. Religiöse Bindung und dialogische Offenheit sind dafür eine gute Grundlage. Zugleich findet kirchliches Leben und Handeln in Kirchengemeinden sowie in kirchlichen Werken und Einrichtungen zunehmend stärker in einem multikulturellen und multireligiösen Umfeld statt.

Mit den folgenden Artikeln wollen wir zu unterschiedlichen Aspekten des Jahresthemas informieren und Anregungen zur Diskussion geben:

- Was bedeutet es, dass Deutschland ein Einwanderungsland war, ist und in Zukunft noch ausgeprägter sein wird?
- Wie gelingt es, dass die zum Teil schon lange hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sich als selbstverständlicher Teil unseres Landes fühlen können? Und welche Bedeutung hat ihre Arbeit, ihre gesellschaftliche Teilhabe und ihre Vielfalt für die Identität unserer Gesellschaft?
- Wie sieht das Migrationsgeschehen bei uns überhaupt konkret aus?
- Was können die christlichen Kirchen zu einem friedlichen Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft

beitragen? Was können sie tun, damit Menschen unterschiedlichen Glaubens respektvoll und tolerant miteinander umgehen? Aber auch: Wie kann kirchliche Solidarität mit Flüchtlingen und Asylsuchenden aussehen? Welche kirchlichen und diakonischen Angebote gibt es bereits, was könnte oder sollte noch darüber hinaus getan werden?

- Wie können die kirchlichen Werke und Einrichtungen zu einem reflektierten, wertorientierten und achtsamen Umgang mit Migrationserfahrungen beitragen?

Das sind nur einige der Fragen, die sich stellen. Im Rahmen der Frühjahrstagung 2015 der 48. Synode laden wir sie ein, sich mit ihnen vor Ort in Delmenhorst in Begegnung, Gespräch und Diskussion auseinander zu setzen und gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten, wie unsere Kirche mit den Herausforderungen in einer Migrationsgesellschaft umgehen und welche Initiativen sie dabei praktisch umsetzen kann.

Die Stadt Delmenhorst bietet sich dabei in besonderer Weise für die Konkretisierung des Jahresthemas an. Sie ist eine typische Einwanderungsstadt. Zuwanderer und ihre Nachkommen sind inzwischen zu einer wesentlichen Größe in dieser Kommune geworden. In der Stadt Delmenhorst werden Migrationsgeschehen und gesellschaftliche Veränderungen in unserem Land und in unserer Region deutlich und können exemplarisch nachvollzogen werden. Deshalb macht es Sinn, sich gerade in Delmenhorst an migrations- und integrationsrelevanten Orten über die kulturellen und religiösen Vielfaltserfahrungen im Kontext von Kirche berichten zu lassen.

Ihre

AG Jahresthema:

**Fridjof Amling, Annette Domke,
Anne Frerichs, Julianna Grätz, Olaf
Groleben, Theo Lampe, Hans-Peter
Schmidtke**

Theologische Hinführung und Reflexion

„Ich bin ein Fremder gewesen...“

Math. 25,43

Abraham musste aufgrund einer Hungersnot aus dem Südland nach Ägypten fliehen und dort als Fremder leben (1. Mose 12,10). Mose und sein Volk fliehen schließlich vor politischer Unterdrückung durch den ägyptischen Pharao (vgl. 2. Mose 1,3 ff). Maria und Josef flüchten wiederum nach Ägypten, um der willkürlichen Machtentfaltung und gewaltsamen Drohung eines Herrschers zu entgehen. Und die ersten Christinnen und Christen in Jerusalem wurden ebenfalls grausam verfolgt (Apostelgeschichte 8). Schon an diesen wenigen Bibelstellen aus dem Alten und Neuen Testamen wird deutlich: die jüdisch-christliche Tradition ist voll von Migrations- und Fluchterfahrungen.

Immer wieder wird in der Bibel über diese Erfahrungen aus der Perspektive der Fremden und der Flüchtlinge berichtet und nicht aus der der Unterdrücker. Gott selbst ist mit den Fremden und Verfolgten und verheißt ihnen neue Lebensmöglichkeiten: „Und der Herr sprach zu Abram: Geh aus deinem Vaterland und von deiner Verwandtschaft und aus deines Vaters Hause in ein Land, das ich dir zeigen will. Und ich will dich zum großen Volk machen und will dich segnen und dir einen großen Namen machen, und du sollst ein Segen sein. Ich will segnen, die dich segnen, und verfluchen, die dich verfluchen; und in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden.“ (1. Mose 12,1-3)

Die Bibel unterscheidet nicht zwischen unterschiedlichen Fluchtgründen, sie kennt bereits die, die heute verharmlosend „Wirtschaftsflüchtlinge“ genannt werden wie Isaak (1. Mose 26,1)

oder Rut, die vor einer Hungersnot flieht, als Armutsimmigrantin leben muss und später eine der Stammütter des Königs Davids wird (Rut 1-4).

So beschreibt zunächst das Alte Testament, wie fremde, geflüchtete und verfolgte Menschen in das Zentrum der Aufmerksamkeit Gottes geraten: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei Euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland.“ (3. Mose 19,33 f) Demnach kennt auch das Alte Testament Vorschriften zum Umgang mit Fremden und auch anderen Hilfesuchenden.

Im Neuen Testament wird der humane Umgang mit Flüchtlingen und Migranten zu einem der Maßstäbe, nach denen Gott Menschen beurteilt. Immer wieder ruft Jesus dazu auf, Menschen in Not zu helfen. Eine Begründung dafür findet sich im Evangelium nach Matthäus (25,37): „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.“ Gott selbst lässt sich im Fremden finden: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern (und Schwestern), das habt ihr mir getan.“ (Matthäus 25,40)

Flucht und Migration sind also keine Phänomene der Neuzeit, wie es die gegenwärtige politische Diskussion zum Umgang mit Flüchtlingen nahezulegen scheint. Vielmehr gehören, biblisch gesehen, Flucht und Migration, Vertreibung und die Suche nach neuen Lebensperspektiven von Anfang an zur Geschichte der Menschheit.

Ein Grundmotiv christlichen Handelns besteht in der Zuwendung zu Menschen, die diese Zuwendung zum Leben brauchen.

Das Christentum hat eine „Kultur der Solidarität“ begründet, deren Urbild das heilende und helfende Handeln Jesu bildet und seine Zuwendung zu Menschen. Sein Handeln zielt ab auf den „aufrechten Gang“ des Menschen, in ihm verbinden sich die Achtung vor der Selbstständigkeit des Menschen mit der Bereitschaft, sich denen zuzuwenden, die Hilfe zum selbstbestimmten und – verantworteten Leben brauchen. Das prägt die christlichen Kirchen bis heute.

Diese „Kultur der Solidarität“ gilt allen Menschen. Denn in biblischer Perspektive sind alle Menschen nach dem Bilde Gottes geschaffen (1. Mose 1,26f; vgl. 1.Kor 11,7). Diese „Gottebenbildlichkeit“ eines jeden Menschen begründet nach christlicher Vorstellung die unverlierbare Menschenwürde und damit auch die Menschenrechte. Damit hat jeder Mensch, unabhängig von seinem Glauben, seiner Herkunft und seiner Identität das Recht auf ein humanes Leben. Christen sind somit aufgefordert, für die Rechte und die Freiheit eines jeden Individuums einzutreten und sie zu wahren. Zugleich fragt uns die Bibel, wie wir uns als Kirche und Gemeinde engagieren können und wollen.

Es ist also keine christliche Option, angesichts der Not von Menschen einfach wegzuschauen. Damit sind christliche Kirchen auch gefragt, was sie zu einer „Kultur der Barmherzigkeit“ im Umgang mit Migranten und Flüchtlingen beitragen können, im Gespräch mit Politik und Zivilgesellschaft, aber auch konkret vor Ort in den Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen wie Kindertagesstätten. Wie können Kirchen und Gemeinden sich im Alltag engagieren? Welche fachliche Hilfe wird benötigt und was können kirchliche und diakonische Einrichtungen leisten?



Kirche in der Migrationsgesellschaft: Einsichten und Reflektionen

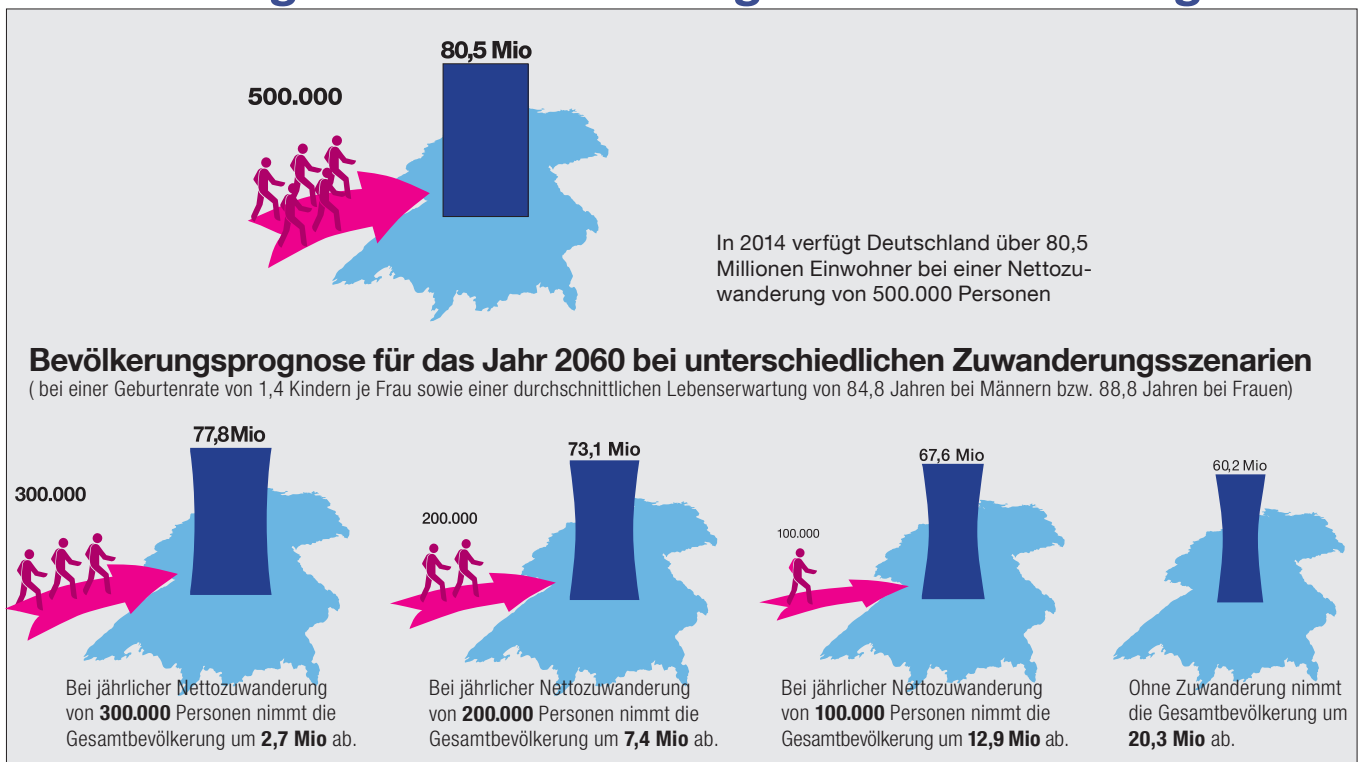
- Deutschland war und ist ein Einwanderungsland und wird es bleiben. Die zugewanderten Menschen sind da und werden zu einem großen Teil bleiben. Einwanderung und Auswanderung sind geschichtliche Teile unserer Kultur. Deutschland ist aktuell eines der attraktivsten Einwanderungsländer und profitiert von Zuwanderung. Zurzeit kommen insbesondere Migrantinnen und Migranten im Rahmen der EU-Freizügigkeit, durch Familienzusammenführung sowie als Flüchtlinge zu uns. Es besteht allgemein Übereinstimmung, dass der demographische Wandel nur mit Zuwanderung zu bestehen sein wird, um so Wohlstand und wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Zuwanderung darf aber nicht nur unter ökonomischen Nützlichkeitskriterien bewertet werden, sondern muss auch entsprechend humanitärer Verpflichtungen und Überzeugungen gerade im Blick auf Flüchtlinge gestaltet werden.
- Der Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat in seinem aktuellen Jahresgutachten 2015 aufgezeigt, dass Deutschland in der Migrations- und Integrationspolitik zwar besser abschneidet, als es die öffentliche Diskussion erwarten lässt. Gleichzeitig weist der SVR aber daraufhin, dass es hierzulande immer noch an einer migrationspolitischen Gesamtstrategie fehlt (z.B. an einem Einwanderungsgesetz) und es gelte, das Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland zu festigen. Auch macht der SVR auf die zentrale Bedeutung von Zuwanderung zur Bewältigung des demographischen Wandels aufmerksam.
- Zeitgleich mit dem SVR-Gutachten hat das Statistische Bundesamt durch aktuelle Zahlen und Vorausberechnungen bestätigt, dass Zuwanderung ein wichtiger Beitrag ist, um den Bevölkerungsrückgang und den Fachkräftemangel zwar nicht umzukehren, aber abzumildern. Der Umfang der gewünschten Zuwanderung wird jedoch entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, positive Rahmenbedingungen für Integration und ein akzeptierendes gesellschaftliches Klima für das Zusammenleben zu schaffen.
- Deutschland hat sich durch die Einwanderung der letzten Jahrzehnte verändert und wird sich weiter verändern. Es ist kein ethnisch homogenes Land, obwohl sich das im Bewusstsein weiter Teile unserer Gesellschaft so festgesetzt hat. Deutschland wird vielmehr durch fortschreitende kulturelle sowie religiöse Vielfalt / Diversität geprägt und es ändern sich auch die ethnischen Identitätsbezüge, da Einbürgerung gewollt ist. Diese Entwicklungen fordern heraus, die gegebene Pluralität anzuerkennen und demokratisch zu leben. Der SVR erinnert in seinem Jahresgutachten daran, dass unsere Bevölkerung zum Teil noch für den gesellschaftlichen Wandel im Nachhinein aktiv gewonnen werden muss.
- Es gilt besonders, die stereotypische und kategorisierende Unterscheidung zwischen „Wir“ und „die Anderen, die Fremden, die Ausländer, die mit Migrationshintergrund“ zu überwinden. Dies ist bedeutsam, um bei den eingewanderten Teilen unserer Bevölkerung das Gefühl der Zugehörigkeit zu stärken. Migration darf nicht länger die Trennlinie der Zugehörigkeit sein. Deutschland muss sich zu einer Heimat für alle hier Lebenden weiter entwickeln und es müssen sich alle als anerkannt

und zugehörig fühlen können. Deshalb ist die Entwicklung eines positiven Zukunftsbildes und die tragfähige Umdeutung unserer kollektiven Identität eine bedeutsamste Herausforderung für unsere Migrationsgesellschaft. Das Grundgesetz ist dafür der geeignete identitätsstiftende Rahmen; es verpflichtet alle gleichermaßen auf die Werte unserer Verfassung.

- Migration und Integration sind facettenreiche Kehrseiten einer Medaille. Gesellschaftspolitisch hat sich mittlerweile ein Paradigmenwechsel von einem problemorientierten und homogenisierenden Integrationsverständnis zu einer ressourcenorientierten Migrations-, Teilhabe- und Vielfaltspolitik vollzogen (Inklusion). Als Orientierung hat sich das Leitbild der „Anerkennungs- und Willkommenskultur“ etabliert und soll als Grundlage einer kulturellen Annäherung auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.
- Ein Einwanderungsland ist keine konfliktfreie Gesellschaft. Es braucht den Diskurs und die Auseinandersetzung über das eigene Selbstverständnis.

Denn die Menschen, die da sind, und die zu uns kommen, müssen gut miteinander auskommen. Doch Migrations- und Integrationsprozesse sowie die damit verbundenen Veränderungen beinhalten Zumutungen und müssen deshalb für die Menschen in unserem Land transparent und verständlich sein. Die gesamte „ansässige“ Bevölkerung muss mitgenommen werden, um eine zustimmende Einstellung und Haltung für eine plurale und freiheitliche Gesellschaft zu erhalten. Realität ist, dass nicht alle in unserer Gesellschaft die vielfältigen Veränderungsprozesse akzeptieren und verunsichert sind. Zahlreiche Menschen sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht und befürchten Belastungen für den Sozialstaat sowie kulturelle und religiöse Konflikte. Sie geben ihren Ängsten, ihrer Überforderung und ihrer Abwehr in unterschiedlicher Weise Ausdruck. Auch durch öffentlichen Protest. Gleichzeitig nutzen Gruppierungen und Bewegungen diese Grundstimmung für eine intolerante Herabsetzung Anderer und für einen menschenfeindlichen Populismus. Im Fokus stehen dabei vor allem der Islam, also die Muslime.

Auswirkungen von Zuwanderung auf die Bevölkerungszahl



- Menschen mit Migrationsgeschichte müssen in unserem Land immer wieder Ablehnung und Stigmatisierung sowie Diskriminierung bis hin zu Rassismus als Alltagserfahrung machen. In diesem Zusammenhang sind vor allem unreflektierte Bezeichnungen, Begriffe und Zuschreibungen sehr wirkmächtig; sie produzieren Unterscheidungen und Ungleichheit und fixieren sie nachhaltig als „Zuschreibungsfälle“.
- Die gesellschaftlichen Teilhabechancen von Menschen mit einer familiären Migrationsbiographie werden anhaltend durch strukturelle Ausgrenzungserfahrungen und durch soziale Ungleichheit eingeengt. Sie bleiben gesellschaftlich „unten“ und ihre Wege in die Gesellschaft sind oft versperrt. Schon ein fremd klingender Name kann Probleme bereiten auf der Suche nach einer Ausbildung, einem Arbeitsplatz oder einer Wohnung. Eine offene Gesellschaft ist nur dann attraktiv, wenn sie ihr Versprechen von Chancengleichheit und Gerechtigkeit einlöst. Dafür braucht es eine umfassende und gerechte Teilhabepolitik, aber vor allem Bildung. Denn gute Bildung ist ein unverzichtbarer Beitrag, damit Menschen selbstbewusst ihre Potentiale und Talente entwickeln und in die Gesellschaft einbringen können.
- Integration ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe und betrifft nicht nur die Menschen mit Migrationshintergrund, sondern alle Menschen in unserem Land. Integration findet vor allem im Alltag vor Ort in den Kommunen und Gemeinden statt. Anerkennung und Zugehörigkeit müssen dort gestaltet werden. Sie bedürfen der Vernetzung von Akteuren und Strukturen. Vor Ort sollten sich Christinnen und Christen einbringen und als Nachbarn und Mitmenschen kreativ und optimistisch für ein gelingendes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion engagieren. Kommunikation und Dialog, Begegnung und gemeinsames Handeln „auf Augenhöhe“ schaffen Vertrauen und stiften Zugehörigkeiten. Miteinander Reden und Handeln heißt, sich kennenzulernen und sich zu verstehen. Kommunen und Gemeinden können so zu Orten der Menschenfreundlichkeit und der Ermutigung gegen Rassismus und Ausgrenzung werden.
- Kirche ist Teil unserer Migrationsgesellschaft und muss sich mit den damit verbundenen Veränderungen aktiv auseinandersetzen. Kirche und Kirchengemeinden, kirchliche Werke und Einrichtungen sollten bewusst „migrationssensibel“ sein; sie sollten „Brückenbauer und Türöffner“ sein, um auf der Basis von Toleranz, Respekt und Wertschätzung ein friedvolles und vitales Zusammenleben zu ermöglichen. Dazu gehört aber auch die Klärung der Frage, wen wir in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen mit welchem kulturellen und religiösen Hintergrund beschäftigen können.
- Gegenwärtig fordert uns in Deutschland die Asylsuche von Menschen aus vielen Krisengebieten dieser Welt besonders heraus. Eine gelebte Solidarität mit ihnen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die erfolgreiche Aufnahme von Flüchtlingen und ihre gelingende Integration braucht die Unterstützung von Menschen vor Ort. Dies geschieht tagtäglich in vielfältiger Weise auch aus Kirchengemeinden heraus und verdient Anerkennung und Dankbarkeit.
- Wir dürfen unsere Augen vor den zum Teil ungerechten Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnsektor vor allem der Fleischindustrie in unserer Region nicht verschließen. Für das Oldenburger Land und für das angrenzende Emsland wird ihre Zahl auf 15.000 bis 20.000 Werkvertragsarbeiter geschätzt, die für schwerste Arbeit eine äußerst niedrige Entlohnung erhalten.

Flüchtlinge und Asyl

Zum Thema „Flüchtlinge und Asyl“ haben wir Bilder in unseren Köpfen. Es sind Bilder von Menschen auf überfüllten Flüchtlingsbooten im Mittelmeer. Es sind Bilder von gekenterten Schiffen und von ertrunkenen Menschen, die die Flucht über das Mittelmeer nicht überlebt haben. Auch sind es wohl Bilder von Krieg, Vertreibung und Verfolgung aus Syrien oder dem Irak. Alle Bilder erinnern uns daran, dass die Aufnahme von Flüchtlingen eine humanitäre Verpflichtung und Aufgabe ist und bleibt.

Aufgrund der dramatischen Weltflüchtlingsproblematik nehmen in Deutschland die Flüchtlingszahlen wieder zu. Zwischen 2008 und 2014 haben sie sich mehr als vervierfacht. Diese dynamische Entwicklung war so nicht abzusehen und fordert die staatlichen Ebenen (Bund, Land und Kommunen) enorm heraus. Dabei sollte grundsätzlich nicht vergessen werden: Zahlen sind abstrakt, die Menschen und ihr Nöte sind sehr konkret. Die Lebenssituation von Flüchtlingen ist oft um ein vielfaches komplizierter, als unsere Gesetze und Regeln.

Deutschland ist zwar stark gefordert, aber nicht überfordert. Denn im Blick auf das Weltflüchtlingsproblem zeigt sich:

- In 2014 waren in unserer Einen Welt 56,7 Millionen Menschen auf der Flucht.
- Frauen und Kinder stellen weltweit 80% der Flüchtlinge.
- Über 86 % der Flüchtlinge suchen nahe ihrer Herkunftsregion Schutz. 33 Millionen Flüchtlinge bleiben sogar in ihren Heimatländern (sog. Binnenflüchtlinge).
- Pakistan nimmt mit 1,6 Mio. Menschen derzeit absolut die meisten Flüchtlinge auf.
- Weniger als ein Prozent der Flüchtlinge dieser Welt kommen nach Europa, nur 0,25 % nach Deutschland. Ihre Fluchtwege zu uns sind Routen der Verzweiflung und zugleich Wege der Hoffnung.

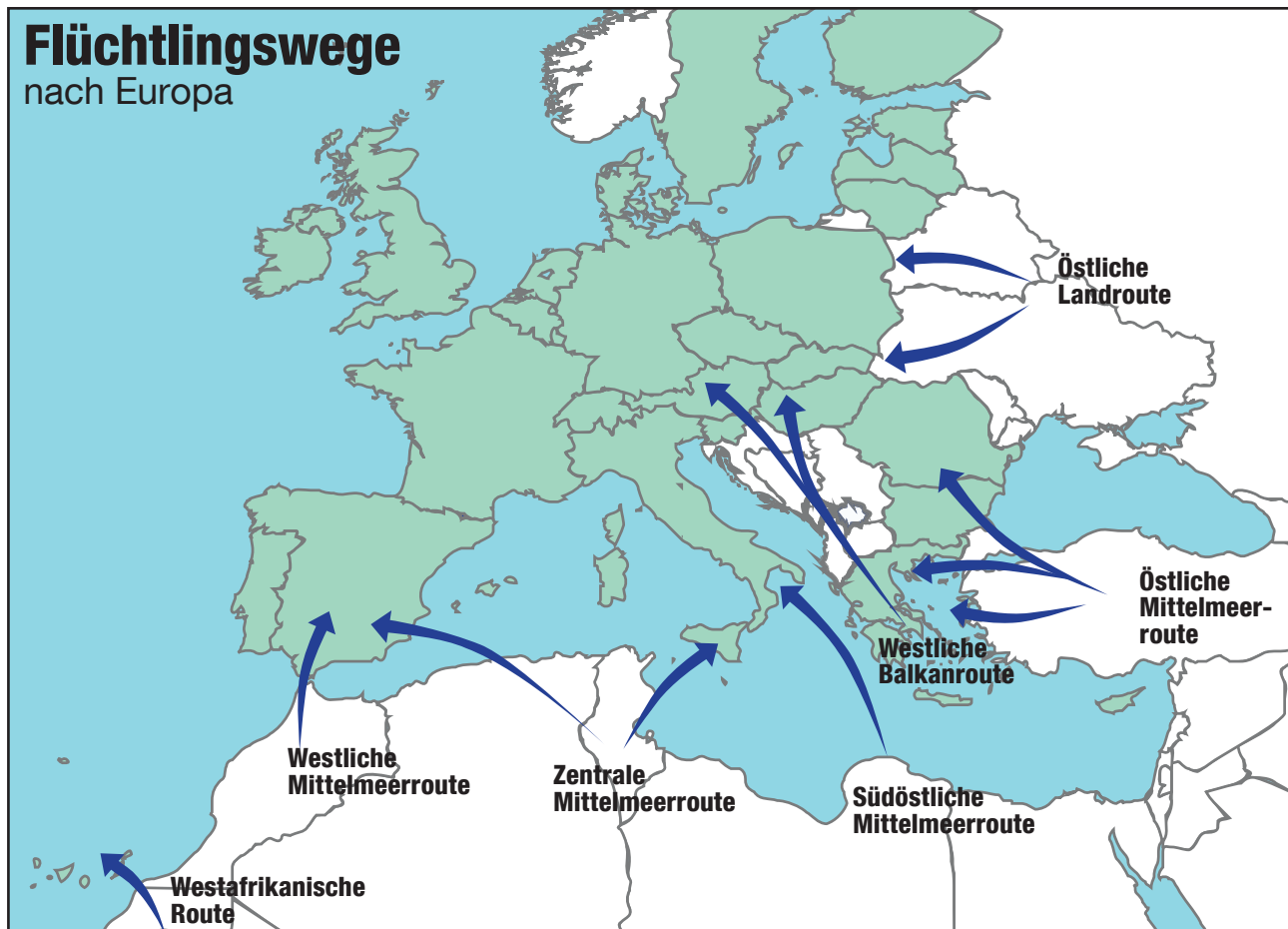
- Deutschland nimmt in Europa zwar zahlenmäßig die meisten Flüchtlinge auf, im Verhältnis zur Bevölkerung liegt es damit jedoch nur an 8. Stelle.
- In 2014 wurden in Deutschland etwa 200.000 Asylanträge gestellt (173.000 Erstanträge und 30.000 Folgeanträge). In den ersten vier Monaten 2015 waren es bereits 100.755 Erstanträge, davon fast 50 % aus West-Balkanstaaten. Letzteres macht deutlich, auch in Europa selbst ist vieles nicht in Ordnung.
- In 2014 waren 33,4 % Antragsteller weiblich, 31,7 % unter 18 Jahren und 4.399 kamen als unbegleitete Minderjährige.
- Bei den Erstantragsstellern gehören 63,3% dem Islam an, 24,6 % waren Christen und 3,7 % Yeziden.
- Neuste Prognosen erwarten für dieses Jahr über 450.000 Asylanträge: 400.000 Erstanträge und 50.000 Folgeanträge.
- Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind derzeit 210.000 Asylanträge noch nicht entschieden. Zahlenmäßig entspricht das fast dem gesamten Jahreszugang von 2014.
- Die Aufnahmequote von Flüchtlingen in den Kommunen betrug in diesem Jahr bisher etwa 0,4 bis 0,5 Prozent im Verhältnis zur Bevölkerung.
- Seit Jahresbeginn sollen bereits mehr als 30.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa gekommen sein. Viele schaffen es nicht. Allein in diesem Jahr wurden schon an die 2.000 Tote im Mittelmeer gezählt. Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden. Europa darf und kann keine Festung sein!
- Asylanträge werden in der EU nach der sog. Dublin-Regelung grundsätzlich nur in dem Land geprüft, über das die Asylsuchenden zuerst eingereist sind. Viele

Anträge werden daher in Deutschland erst gar nicht geprüft und die Antragsteller müssen grundsätzlich in das EU-Land ihrer ersten Einreise zurückkehren. Hierbei kommt es zu großen Umsetzungsschwierigkeiten, die ebenso wie die Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer darauf verweisen, dass es in Europa keine tragfähige gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik gibt. Für etliche Flüchtlinge ergeben sich daraus große menschliche Probleme. Einige bitten deshalb um Kirchenasyl.

- Insbesondere die Kommunen in Deutschland stehen vor der Verantwortung und der Aufgabe, die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu organisieren - nicht selten ohne große Vorlaufzeit. Sie zeigen sich bisher angesichts dieser nur begrenzt planbaren Herausforderung als sehr flexibel und sind weitgehend bestrebt, das Konzept der dezentralen Unterbringung in Wohnungen zu realisieren. Die Kommunen haben aus den 1990er Jahren gelernt und verstehen ihre Aufgabe nicht mehr als Teil der damals praktizierten Abschreckungspolitik, sondern als humanitäre Verpflichtung für die aufzunehmenden Flüchtlinge (Dt. Städtetag, 17.09.2014). Den Kommunen gilt angesichts des verantwortungsvollen Handelns unter großem Zeitdruck und eines nicht selten angespannten Wohnungsmarktes wertschätzende Anerkennung.
- Im Blick auf die Asylsuchenden und Flüchtlinge gilt es zu sehen, dass diese Menschen auf ihrer Suche nach Schutz und Sicherheit in ein für sie noch weitgehend unbekanntes Land kommen. Sie stammen aus den Kriegs- und Krisengebieten und haben oft Lebensgefahr, grausame Verfolgung und brutale Diskriminierung erlebt. Nicht wenige mussten eine traumatisierende Flucht überstehen. Noch geprägt von den verstörenden Erlebnissen aus dem Heimatland und von der Flucht, zugleich verknüpft mit

der Sorge um zurückgebliebene Familienmitglieder und Freunde, müssen sie sich in einer neuen Umgebung und in einem komplizierten Asylrechtsverfahren zurechtfinden. Sie sprechen in der Regel nicht Deutsch und haben noch keinen Kontakt zu Einheimischen. Dabei zeigt die Erfahrung, dass eine Vielzahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge längerfristig in Deutschland bleibt. Eine dezentrale Unterbringung gewährleistet deshalb eine bessere und zeitnahe Integration in die Gesellschaft und kommt den Bedürfnissen der Flüchtlinge entgegen, die für sich selbst Verantwortung tragen wollen. Ein anfängliches Nichtvorhandensein von Integrationsangeboten steht deshalb einer später gelingenden Integration entgegen. Wir sollten also den Flüchtlingen so begegnen, als blieben sie auf Dauer bei uns. Viele Flüchtlinge von heute, sind unsere Nachbarn von morgen. Die Politik von Bund und Ländern folgt bereits dieser Erkenntnis und passt die Gesetze daran an (z.B. Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, Beseitigung der Residenzpflicht, Abschaffung von Gutscheinen und Sachleistungen).

- Für unsere Gesellschaft bestehen die Herausforderung und die Verantwortung, Asylsuchende und Flüchtlinge menschenfreundlich aufzunehmen und ihnen eine weitgehend eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu ermöglichen. Dabei sind die eigene Wohnung neben Arbeit und Verständigung zentrale Aspekte der Selbstverantwortung. Die humanitär orientierte Anerkennungs- und Willkommenskultur zeigt sich darin, in welchem Maße sie ermöglicht werden. Zugleich ist ein verändertes politisches Bewusstsein wahrzunehmen, dass die Zuwanderung von Flüchtlingen in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel und des Fachkräftemangels bewertet. Dadurch kommen auch die Potenziale und Kompetenzen der Flüchtlinge in den Blick öffentlichen Interesses.



Flüchtlingswege: Spuren der Hoffnung, Routen der Verzweifelten.

- Geflüchtete Menschen brauchen Unterstützung und Orientierung, um die Folgen von Flucht und Gewalt zu lindern und um die Aufnahme sowie das „Zurechtfinden“ in unserer Gesellschaft zu erleichtern. Erfreulicherweise ist in Deutschland gegenüber früheren Jahren derzeit eine große Bereitschaft vorhanden, sich ehrenamtlich für Flüchtlinge einzusetzen. Viele Menschen jeglichen Alters engagieren sich an vielen Orten freiwillig für die Asylsuchenden in ihrer Nachbarschaft, leisten konkrete Hilfe und setzen sich dafür ein, den Menschen ein neues Zuhause zu geben (gelebte Willkommenskultur). Das ist eine sehr positive Entwicklung und wir müssen alles dafür tun, dass es so bleibt. Denn wer den „Anderen“ als Menschen wahrnimmt und ihn so begegnet, entwickelt Verständnis und Solidarität.
- Zugleich gibt es in unserer Gesellschaft auch Ängste vor Flüchtlingen und Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte. Es gibt Bewegungen die versuchen, Unsicherheiten zu instrumentalisieren und Ängste zu schüren. Dem ist deutlich entgegen zu treten. Es gilt, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Agitationen und Aktionen zu widersprechen und öffentlich für eine offene und humane Gesellschaft einzutreten.

Die EKD-Synode hat am 2.Mai 2015 in ihrem Beschluss zum Flüchtlingssterben im Mittelmeer eine Asylpolitik angemahnt, die „Würde, Leib und Leben der Flüchtlinge schützt und dem Anspruch einer europäischen Wertegemeinschaft gerecht wird.“

Kundgebung

der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 4. Tagung vom 6. bis 10. Nov. 2005 in Berlin

„Tolerant aus Glauben“

Zehn Thesen

- 1.** Als evangelische Christinnen und Christen nehmen wir den Pluralismus in unserer Gesellschaft als Chance und Herausforderung an. Dabei wollen wir unseren Glauben offen bekennen, leben und für ihn werben. Glaubensgewissheit und Toleranz gehören für uns zusammen.
- 2.** Unsere Toleranz ist in der Toleranz des dreieinigen Gottes begründet, der alle Menschen zu seinem Bild geschaffen hat, sie liebt und sie zum Glauben an ihn ruft. Gott in seiner Gerechtigkeit verurteilt die Verletzung der Menschenwürde und den Missbrauch von Freiheit. Gottes Versöhnung öffnet allen Menschen immer wieder neu den Weg zum Glauben.
- 3.** Toleranz zielt auf die wechselseitige Anerkennung der Würde jedes Menschen und seines Verständnisses von Wahrheit, Leben und Glauben. Dabei hängt unsere Toleranz nicht davon ab, dass sie von anderen im gleichen Maße geübt wird. Doch nur auf der Basis der wechselseitigen Anerkennung kommt es zu einer Streitkultur, die einen offenen Dialog über die unterschiedlichen Denk-, Lebens- und Handlungsweisen ermöglicht.
- 4.** Es entspricht evangelischem Selbstverständnis, Toleranz gegenüber anderen Überzeugungen und Lebensweisen zu üben. Dieses Selbstverständnis wurde in schmerzhaften geschichtlichen Prozessen errungen. Heute sind für uns die auch in der Tradition des Christentums entwickelten Menschenrechte weltweite Grundlage allen gelingenden menschlichen Zusammenlebens.
- 5.** Wir wissen um die Unverfügbarkeit der Wahrheit Jesu Christi, die unseren eigenen Wahrheitsanspruch begrenzt. Letzte Autorität kommt nur dieser Wahrheit zu, nicht aber denen, die sie vertreten.
- 6.** Toleranz hat ihre Grenze dort, wo das Denken und das Handeln von Menschen das Leben und die Würde anderer gefährden und bedrohen. Als Kirche wollen wir eine verlässliche Anwältin sein für ein Leben aller Menschen in Würde und ein Ort des Widerstandes gegen jede Form von Intoleranz.
- 7.** Im Dialog um die zukünftige Gestalt unserer Gesellschaft treten wir ein für die Toleranz als Grundlage des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Wir tun dies auf der Grundlage unserer von jüdisch-christlichen und humanistischen Traditionen geprägten freiheitlichen Rechtsordnung.
- 8.** Damit Menschen tolerant sein können, brauchen sie gelingende Beziehungen und Bildung, die ihnen hilft, die eigene Identität zu entwickeln und die sie zu einem verantwortlichen Umgang mit dem Fremden ermutigt. Auch unser missionarisches Handeln zielt darauf, Menschen im christlichen Glauben zu verwurzeln und sie so auch zur Toleranz zu befähigen.
- 9.** Unverzichtbar für die Entwicklung von Toleranz ist, dass Menschen die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe an unserer Gesellschaft bekommen. Zukunftsängste befördern Intoleranz.
- 10.** In Bindung an das Wort Gottes sind wir bereit zum Dialog. Wir streben ein veröhntes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Weltanschauungen und Religionen an. Wir bitten Gott: „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ (Lukas 1,79).

Exkurs: Leitbegriffe und Definitionen

Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie denn die Menschen benannt werden sollen, um die es im Zusammenhang mit den Themen „Migration und Integration“ geht. Der Begriffe sind viele: Ausländer, Migrant, Immigrant, Einwanderer, Zuwanderer, Mensch mit Migrationshintergrund usw. Es ist grundsätzlich schwer, den einen passenden Begriff zu finden und ihn dann auch noch sachlich zutreffend auszulegen.

Im Kontext von Migration und Integration haben Begriffe, Definitionen und Sprachbilder sowie die damit verbundenen Zuschreibungen eine besondere Bedeutung. Als Kategorien sind sie grundsätzlich unverzichtbar, um Sachverhalte abgrenzen und vermitteln zu können. Zugleich bergen sie die Gefahr, nicht zutreffend oder nicht mehr zeitgemäß zu sein oder Realitäten zu verzerren. Ein sensibler Umgang mit Begriffen, Definitionen und Sprachbildern ist vor allem deshalb angesagt, weil sie sich auf Menschen beziehen und das Zusammenleben mit prägen.

Typisierende Aussagen ordnen Menschen ein und schreiben ihnen bestimmte Besonderheiten und Verhaltensweisen zu. Sie kategorisieren Menschen und stecken sie in „Schubladen.“ Solche Unterscheidungen wirken ausgrenzend, wenn die differenzierende Betrachtung mit Wertungen kombiniert werden. Besonders die Aufteilung „Wir“ und „die Anderen“ produziert über die Zugehörigkeitszuschreibung Ausgrenzung. Der unreflektierter Umgang mit scheinbar eindeutigen Begriffen und Definitionen kolportiert (gewollt und ungewollt) Vorurteile, Diskriminierung und ideologische Positionen. Gerade Politik ist davor nicht gefeit, wenn sie versucht, die Deutungshoheit über das

Thema Migration zu bekommen oder zu behalten.

Sammelbegriff „Ausländer“

Vorherrschend in Deutschland war lange Zeit die Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit. Der Sammelbegriff „**Ausländer**“ wurde synonym für alle Formen der Immigration verwendet. Während der Terminus ursprünglich nur der rechtlichen Abgrenzung zwischen Personen mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit diente, bekam er im Laufe der Zeit aber immer stärker auch eine soziale und kulturelle, und damit eine emotionale Konnotation. So aufgeladen konnte der Begriff seine stigmatisierende Wirkung entfalten. Anerkannt ist, dass der Sammelbegriff „Ausländer“ ungeeignet ist, die Historie und Vielfalt von Einwanderungsprozessen zu beschreiben. Die plakative Einfachheit des Begriffes verschleiert die vielfältige Realität. Die Differenziertheit der Einwanderungsgesellschaft bleibt unsichtbar.

Migrationshintergrund

Der Bund reagierte auf diese unzulängliche Situation in Zusammenhang mit dem „Mikrozensus 2005“ und ermittelt seitdem differenzierte Daten zur „**Bevölkerung mit Migrationshintergrund**“. Hiermit sollte ein sachlich zutreffenderer und differenzierender Blick auf die Lebenslagen sowie auf die Teilhabe und Zugehörigkeitschancen von Zugewanderten ermöglicht werden. Auch sollte so die Grundlage für eine strategisch angemessene und umfassende Integrationspolitik geschaffen werden. Die Zuordnung „**Migrationshintergrund**“ dient seit dem als statistisches Ordnungskriterium zur Beschreibung dieser Bevölkerungsgruppe und umfasst *alle zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländer und Ausländerinnen sowie alle nach 1955 auf das heutige*

Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Elternteil. Diese Definition war ein konzeptioneller Fortschritt, bleibt aber letztendlich eine statistische Kategorie. Sie kann Sachverhalte wie die Lebenslagen von „Familien“ oder „Kinder und Jugendliche“ zutreffender darstellen, aber erklärt nicht alles.

Anzumerken ist, dass der Begriffswechsel sicherlich gut gemeint war und auch einen längst fälligen Wandel in der öffentlichen Diskussion über Deutschland als Einwanderungsland brachte. Die Kategorie **Migrationshintergrund** ermöglichte eine differenziertere Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlicher Sachverhalte und Prozesse. Mittlerweile wird diese Kategorie in verschiedenen statistischen Erfassungen aber inhaltlich unterschiedlich gefüllt, ohne dass dies auf den ersten Blick erkennbar ist. Der Begriff ist und bleibt daher ambivalent.

Wegen der Kritik am Terminus „Migrationshintergrund“ finden sich mittlerweile auch Begriffe wie „mit Migrationserfahrung“, „mit Zuwanderungserfahrung“, „mit Migrationsbiographie“, „mit familiärer Migrationsgeschichte“ oder „im Migrationszusammenhang.“ Eine begriffliche Verbesserung stellen diese Veränderungen jedoch kaum dar.

Der Containerbegriff „Migrationshintergrund“ teilt die Bevölkerung weiterhin ein in die mit und in die ohne Migrationshintergrund. Er fördert ein Denken in Gegensätzen, das geeignet ist Menschen auszugrenzen, die längst integrierter Teil unserer Gesellschaft geworden sind. Denn Migration dient noch zu häufig als Chiffre, die in der Gesellschaft als fehlende Zugehörigkeit gedeutet wird.

Die Realität die im Begriff Migrationshintergrund zusammengefasst ist, bleibt

undeutlich. Ein Begriff, der Menschen, die bereits 1955 nach Deutschland gekommen sind, mit anderen, die erst gestern zugewandert sind, in einer Kategorie vereint, grenzt Menschen aus, die längst ihren Platz in der Gesellschaft gefunden haben. Die Begrifflichkeit Migrationshintergrund ist also mit Vorsicht zu benutzen, eine andere haben wir aber noch nicht.

Der Begriff Integration

Kritisch muss auch mit dem Begriff „Integration“ umgegangen werden. Der Begriff ist wissenschaftlich nicht eindeutig und durchaus umstritten. Im Alltag wird „Integration“ vor allem im Sinne von einseitiger Anpassung der Minorität an die Majorität und somit als Assimilation verstanden, freilich ohne dabei die Bezugskategorie anzugeben und zu definieren. Integration bezieht sich ausschließlich auf die Zugewanderten und ihre Defizite. Sie bleiben „Mängelwesen“, die integriert werden müssen. Talente, Potentiale und Ressourcen der Zuwanderer bleiben außen vor.

Integration als Begrifflichkeit macht nur dann Sinn, wenn sie als wechselseitige, gleichberechtigte und umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen gemeint ist und die strukturellen und politischen Integrationsherausforderungen einbezogen werden. Das Gelingen von Integration hängt vom Willen und Engagement aller Bürgerinnen und Bürger ab.

Sowohl im politischen als auch im wissenschaftlichen Bereich ist neuerdings das Bemühen festzustellen, den Begriff „Integration“ wenn möglich zu vermeiden. Für ein sich gegenseitig bereicherndes Miteinander in Verschiedenheit fehlt es aber weiterhin an einer zutreffenden Begrifflichkeit. In den letzten Jahren tritt der Begriff der „Inklusion“ stärker in den Vordergrund, der im Zusammenhang mit der UN-Rechtskonvention über Menschen mit Behinderung größere Aufmerksamkeit erlangt hat. Für den

Bereich der Migrationsdebatte hat dies jedoch keine wesentlichen konzeptionellen Änderungen bewirkt. Zu bedenken ist aber auch, ob die Abschaffung oder Ächtung des Begriffs Integration wirklich Sinn macht, wenn doch die ausgrenzenden gesellschaftlichen Strukturen und rechtlichen Bestimmungen, die in Zusammenhang mit dem Begriff stehen, unverändert bleiben.

Willkommenskultur

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des Fachkräftebedarfs ist gerade im politischen Bereich das Bemühen festzustellen, den Begriff Integration zu vermeiden und durch die Begrifflichkeit „Anerkennungs- und Willkommenskultur“ zu ersetzen. Auch diese Leitbegrifflichkeit bleibt inhaltlich vage, in dem sie auf das positive Verhalten der Gesellschaft gegenüber Menschen, die in unser Land einwandern, abstellt. Es soll damit signalisiert werden, dass die Zugewanderten sich erwünscht fühlen können und dass es für sie in Deutschland gute Lebensperspektiven gibt.

Im Sinne eines strategischen Handlungsansatzes wird zwischen Willkommenskultur und Anerkennungskultur unterschieden. Willkommen bezieht sich dann auf neu ankommende bzw. potentielle Zuwanderer und auf die erforderlichen Hilfestellungen und Maßnahmen dafür, dass sie sich hierzulande gut umsorgt und heimisch fühlen können. So wird aus der Ausländerbehörde dann eine Willkommensbehörde oder ein Welcome-Center.

Anerkennungskultur

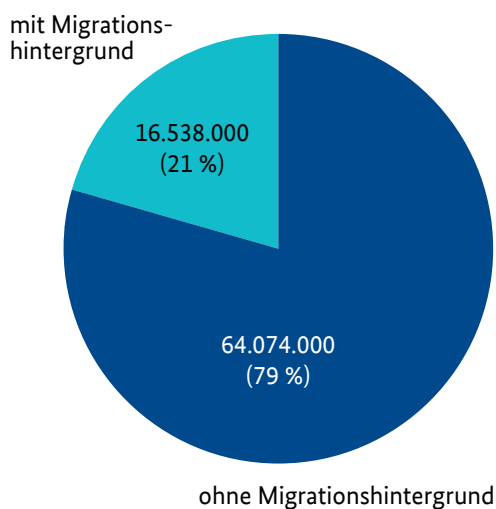
Der Begriff der Anerkennungskultur bezieht sich dagegen vor allem auf die Einwanderer, die schon länger hier leben. Anerkennung ist dabei im Sinne eines nachholenden Willkommens gemeint. Der Begriff soll Ausdruck der Wertschätzung gegenüber den Leistungen dieser Menschen sein und dazu beitragen, das duale Denken und Handeln von „Wir und die Anderen“ zu überwinden.

Hinweis: Eine kritische und anregende Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten im Kontext von Migration und Integration findet sich auch im Glossar unter: www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar

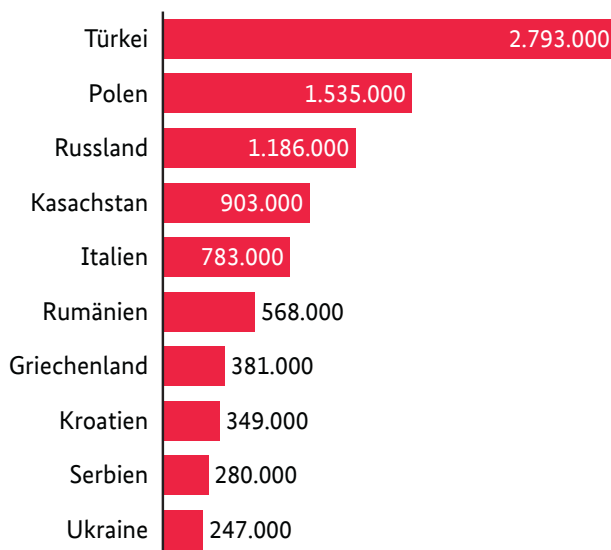


Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus und Herkunftsland, 2013

Bevölkerung nach Migrationsstatus



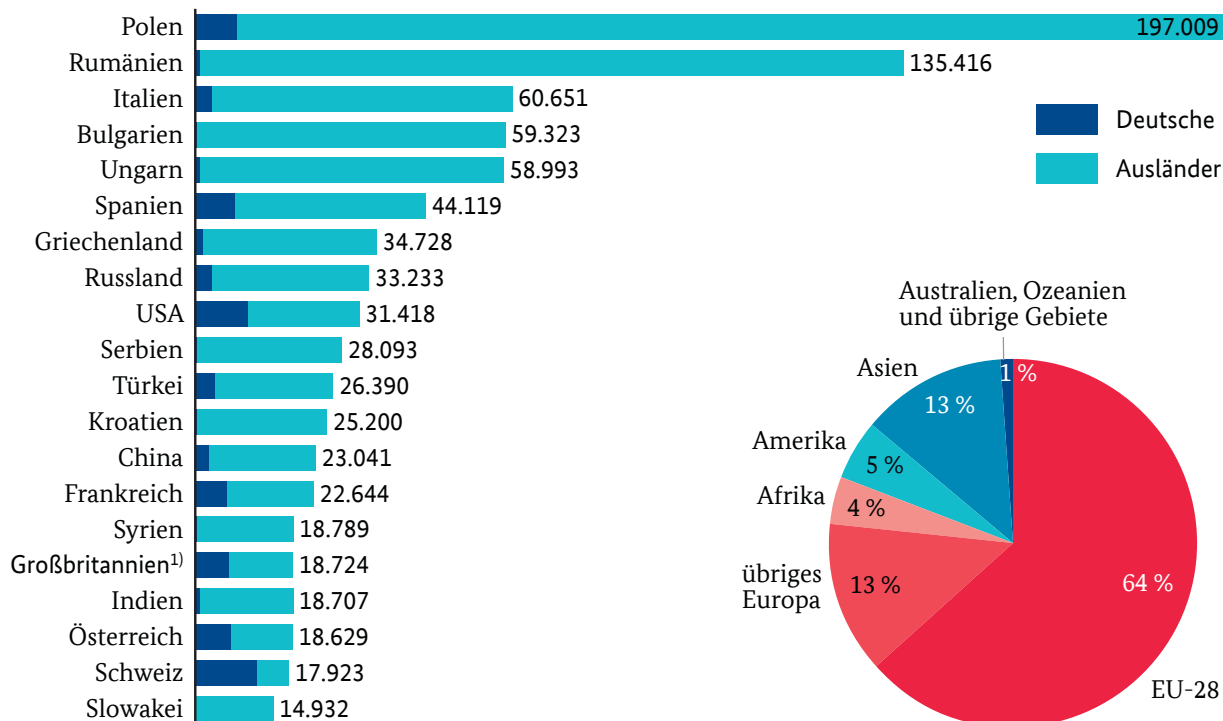
Häufigste Herkunftsländer* von Personen mit Migrationshintergrund



* nach derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit oder Herkunftsland mindestens eines Elternteils; nur für rund 14,7 Mio. Personen mit Migrationshintergrund Angabe vorhanden
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2014 / demografie-portal.de

Nach Deutschland Zugezogene nach Herkunftsland bzw. -gebiet und Staatsangehörigkeit, 2013



1) Großbritannien und Nordirland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB

© BiB 2015 / demografie-portal.de

Deutschland:

Einwanderungsland und Migrationsgesellschaft

Von den rund 81 Millionen Einwohnern Deutschlands hat fast jeder Fünfte einen Migrationshintergrund (2013: 16,5 Millionen = ca. 20 %). Dabei sind die Varianten sehr vielfältig: Vom angeworbenen Gastarbeiter, von selbst zugewanderten Spätaussiedlern, mit und ohne Einbürgerung, Familien mit verschiedenen Religionen, über Migrationshintergründe in der zweiten und dritten Generation bis hin zu in Deutschland geborenen Ausländern.

- Von den 16,5 Millionen Menschen haben rund 10,5 Millionen eigene Migrationserfahrung, sind also aus dem Ausland eingewandert. Die meisten stammen aus europäischen Ländern, inklusive der Türkei.
- Mit 9,7 Millionen hat der Großteil der Menschen mit Migrationshintergrund einen deutschen Pass.
- Etwa 3,1 Millionen Menschen gehören zu der Gruppe der Aussiedler bzw. Spätaussiedler.
- Zum Jahresende 2014 lebten in unserem Land gemäß Ausländerzentralregister gut 8,2 Millionen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit.
- Rund ein Drittel aller Menschen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland geboren (6 Millionen).
- Mehr als 2/3 der Menschen haben eine europäische Migrationsbiografie.
- In Deutschland leben 8,1 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. Davon haben gut 2,5 Millionen Familien einen Migrationshintergrund, also fast jede 3. Familie.
- Bei Schülern und Schülerinnen unter 15 Jahren liegt der Anteil „mit Migrationshintergrund“ bei etwa einem Drittel. Mehr als 80 % von ihnen sind Deutsche.
- In der Altersgruppe ab 65 Jahren beträgt der Migrantenanteil gut 9 %. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind dagegen 24,1 % über 65.
- Seit 2000 wurden ca. 1,8 Millionen Ausländer eingebürgert. Seit 2000 erwirbt ein Kind ausländischer Eltern mit der Geburt in Deutschland neben der Staatsangehörigkeit seiner Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Sofern sich mindestens ein Elternteil seit über acht Jahren rechtmäßig in Deutschland ist und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt (seit 2000 = 492.000 Kinder). Eine Doppelstaatsangehörigkeit haben knapp 4,3 Millionen Einwohner und etwa die Hälfte aller Einbürgerungen findet seit Jahren unter „Hinnahme einer Mehrstaatigkeit“ statt.
- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich nach sozialstrukturellen Merkmalen deutlich von der ohne Migrationshintergrund. Während der Altersdurchschnitt letzterer bei 47 Jahren liegt, sind Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland durchschnittlich 35 Jahre alt und häufiger ledig. Sie leben in größeren Haushalten und haben öfter keinen schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss. Sie wohnen vor allem in größeren Städten, während ihr Anteil an der Bevölkerung im ländlichen Raum geringer ist. Der Großteil lebt im früheren Bundesgebiet und in Berlin (96,6 %).

- Im Zeitraum von 1991 bis 2013 wurden 21,3 Millionen Zuzüge aus dem Ausland registriert. Gleichzeitig verzeichnet Deutschland den Fortzug von 15,9 Millionen. In diesen 22 Jahren bleibt also ein Wanderungsüberschuss von etwa 5,4 Millionen Menschen.
- Im Jahr 2013 betrug der positive Wanderungssaldo rund 430.000 Personen (1,23 Mio Zuzug, 800.000 Fortzug). Im Vorjahr 2012 waren es noch 330.000. Für 2014 wird mit einem Plus von 470.000 Zuwanderern gerechnet. Die steigende Zuwanderung ist im Blick auf den demographischen Wandel und den Fachkräftebedarf ein Gewinn.
- Fast 80 % der Zugewanderten kam 2013 aus Europa, überwiegend aus anderen Mitgliedsstaaten der EU. Das Hauptherkunftsland war wie in den Vorjahren Polen. Der aktuelle Migrationsbericht der Bundesregierung zeigt: Zuwanderung ist besonders Arbeitsmigration. Zuwanderer kommen vor allem aus den christlichen geprägten Ländern Europas.
- Migration aus Europa zeigt sich verstärkt als temporäre Migration, weniger als Dauereinwanderung. Nach dem Migrationsbericht der Bundesregierung sind in 2012 fast die Hälfte der zugewanderten Ausländer kürzer als ein Jahr geblieben.
- Deutschland ist aufgrund seiner geographischen Lage zunehmend attraktiv für Pendelmigration und für Menschen, die permanent in zwei Ländern leben.
- Trotz Zuwanderung wird die Bevölkerung in Deutschland bis 2060 abnehmen. Das Statistische Bundesamt geht in der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung davon aus, dass die Bevölkerung aufgrund der Nettozuwanderung noch voraussichtlich 5 bis 7 Jahre steigt und anschließend zurückgehen wird. Zudem wird davon ausgegangen, dass das Potential für die Abwanderung aus europäischen Ländern zurückgeht. Für einen positiven Zuwanderungssaldo muss die Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern auf Dauer eine größere Rolle spielen.
- Die im Auftrag des Bundesministeriums erstellte Arbeitsmarktprognose 2030 hat verdeutlicht, wie wichtig eine konstant hohe Zuwanderung für die Entwicklung Deutschlands ist: Je höher nämlich die Zuwanderungsquote ist, desto besser fallen die langfristigen Perspektiven für die Wirtschaft aus.
- Im Blick auf die Chancengerechtigkeit zeigt sich zum Beispiel, dass gerade einmal zehn Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten eine Migrationsgeschichte haben. Und obwohl über ein Drittel der Kinder zwischen fünf und 15 Jahren aus Zuwanderungsfamilien kommen, haben bisher nur sechs Prozent der Lehrkräfte einen Migrationshintergrund. Von daher kommt der „interkulturellen Öffnung“ als strategische Integrationsaufgabe eine große Rolle zu.

Methodischer Hinweis:

Es gibt in Deutschland noch immer Probleme, hinsichtlich Migration und Integration exakte Daten zu benennen. So gibt es zwischen den Zahlen des Ausländerzentralregisters und den Zensusberechnungen immer noch Unterschiede. Die Gründe für die statistischen Abweichungen werden mittlerweile analysiert, um auf Dauer eine präzise Datenbasis ermitteln zu können.

Einwanderungsland Niedersachsen

Zahlen, Daten, Fakten vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Am 31.12.2013 lebten **525.689 Ausländerinnen und Ausländer** in Niedersachsen. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung beträgt 6,3 Prozent. Mit 58,3 Prozent lebte der überwiegende Teil der Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen seit zehn oder mehr Jahren in Deutschland. Türkinnen und Türken bildeten mit 93.726 Personen die größte Gruppe der ausländischen Bevölkerung in Niedersachsen, gefolgt von den Polinnen und Polen, sowie den ausländischen Personen aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo und den Staatsangehörigen der Niederlande. 42,8 Prozent aller niedersächsischen Ausländerinnen und Ausländer hatten eine dieser vier Staatsangehörigkeiten. Zu den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die sich nicht nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten.

In Niedersachsen lebten 2012 rund **1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund** (Deutschland: 16,3 Millionen), was 17,8 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Rund 70 Prozent davon hatten eine europäische Zuwanderungsgeschichte. Jeder vierte Zuwanderer hatte seine Wurzeln in einem asiatischen Land. Aus den übrigen Teilen der Welt stammten demgegenüber nur rund fünf Prozent der Menschen. Die wichtigsten Herkunftsländer waren mit deutlichem Abstand zu den übrigen Ländern Polen, die Türkei, die Russische Föderation sowie Kasachstan (zusammen 57,5 Prozent aller Menschen mit Zuwanderungsgeschichte). Von den Kindern im Alter bis unter 6 Jahren hatten 31,7 Prozent eine Zuwanderungsgeschichte. Bei den 6- bis unter 15-jährigen Kindern und Jugendlichen waren es 28,4 Prozent. Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin oder Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

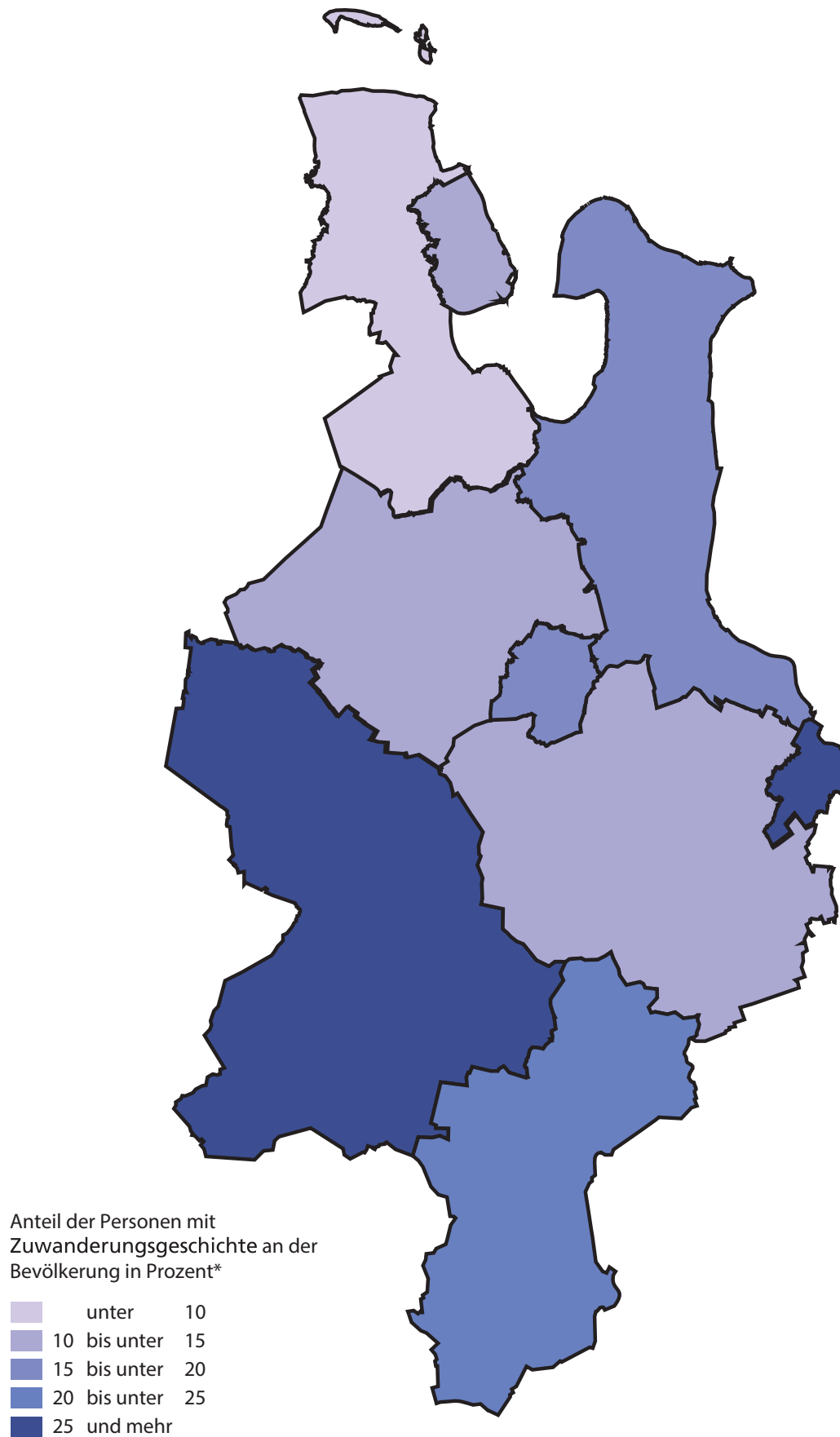
Ende 2014 sind in unserem Land rund **3,9 Millionen Menschen erwerbstätig**, fast 2,8 Millionen von ihnen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Das ist ein neues Rekordhoch. Mit 6,2 Prozent liegt die aktuelle Arbeitslosenquote bei uns in Niedersachsen auf dem historisch niedrigsten Dezember-Stand seit der Wiedervereinigung.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte weisen im Vergleich zu Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte eine deutlich niedrigere Erwerbstätigenquote aus. Im Jahr 2012 lag die Erwerbstätigenquote der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei 63,3 Prozent, immerhin schon 10,2 Prozentpunkte höher als noch 2005. Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte waren aber nach wie vor deutlich häufiger erwerbstätig: Ihre Quote lag bei 74,1 Prozent. Im Juni 2013 waren in Niedersachsen insgesamt 260.987 Menschen arbeitslos. Davon lagen der BA für 191.421 Personen Angaben zum Migrationsstatus vor, wovon wiederum 64.850 gemäß ihren eigenen Angaben über eine Zuwanderungsgeschichte verfügten. Das war anteilig rund ein Drittel (33,9 Prozent). Auch bei einer nicht 100-prozentig validen Datenlage ist die Aussage zulässig, dass arbeitslose Frauen und Männer in Niedersachsen überproportional häufig eine Zuwanderungsgeschichte haben. Hier liegt eine Herausforderung, der sich Niedersachsen stellt, unter anderem im Rahmen unserer vergangenen Jahr vorgestellten Fachkräfteinitiative.

Nr. 005//2015 Stefan Wittke		
Pressestelle Friedrichswall 1, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-5427 Fax: (0511) 120-5772	www.mw.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mw.niedersachsen.de

Zuwanderung im Oldenburger Land

Angaben für 2012 gemäß Statistischen Monatsheften Niedersachsen 1/2015



Niedersachsen: 17,8

Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund im Oldenburger Land

Region	Bevölkerung								
		Ausländer		mit Migrationshintergrund		Zuwanderung aus EU (2014)		Flüchtlinge	
			in %		in %	Zuzug	Fortzug	Bestand 31.12.2014	Planung für 2015*
Stadt Delmenhorst	ca. 78.700	ca. 7.900	10,0	ca. 22.000	28,0	1.600	900	234	350
Stadt Oldenburg	161.438	11.905	7,4	31.845	19,7	1.344	967	1.332	682
Stadt Wilhelmshaven	78.237	4.563	5,8	13.940	17,8	501	460	495	323
LK Ammerland	119.888	5.040	4,2	12.228	10,2	+ 247	k.A.	504	523
LK Cloppenburg	160.864	13.421	8,3	40.930	25,4	+ 1.284	k.A.	549	697
LK Friesland	97.327	3.271	3,4	ca. 7.250	7,5	+ 184	k.A.	397	415
LK Oldenburg	125.778	7.810	6,2	15.000	12,4	ca. 5.000	ca. 4.450	434	530
LK Vechta	137.834	11.378	8,3	ca. 28.000	20,4	1.134	k.A.	k.A.	604
LK Wesermarsch	88.778	5.280	6,0	ca. 12.200	13,7	+ 254	k.A.	428	400
Gesamt	1.048.844	70.568	6,7	183.393	17,5	---	---	---	4.524
Niedersachsen (2014)	7.813.217	570.883	7,3	1.391.000	17,8	---	---	---	37.600 (Erstanträge)
Bundesgebiet (2014)	81.000.000	8.200.000	10,1	16.500.000	20,3	---	---	---	400.000 (Erstanträge)

Die statistischen Daten basieren auf Angaben und Auskünften der jeweiligen Gebietskörperschaften, sind jedoch stichtagsmäßig begrenzt vergleichbar. Da den Zahlen unterschiedliche Zählweisen zugrunde liegen, geben die Daten teils statistische Näherungswerte wieder.

*) Das Bundesinnenministerium hat am 08.05.2015 neue Prognosezahlen für die Flüchtlingsaufnahme bekanntgegeben. Statt von bisher 250.000 wird jetzt von 400.000 Erstanträgen und 50.000 Folgeanträgen (bisher 35.000) für 2015 ausgegangen. Die angegebenen Aufnahmezahlen der Kommunen beziehen sich jedoch noch auf die bisherigen Planzahlen. Sie werden entsprechend der neuen Prognosen nach oben anzupassen sein. Bezogen auf die bisherigen Planzahlen hätten die Kommunen in diesem Jahr Flüchtlinge im Verhältnis von etwa 0,4 bis 0,5 Prozent der Bevölkerung aufnehmen müssen. Zu beachten ist aber, dass die aufgenommenen Flüchtlinge in der Regel am Jahresende nicht mehr alle in der Kommune sein werden. Nicht anerkannte Flüchtlinge müssen Deutschland wieder verlassen. Und anerkannte Flüchtlinge verziehen oft an Orte, wo bereits Familienangehörige leben oder wo sie eine Arbeitsstelle bekommen.

Methodischer Hinweis:

Die Daten zum komplexen Themenbereich „Migration“ werden in verschiedenen Statistiken erfasst und ausgewertet, so im Ausländerzentralregister, in der kommunalen Einwohnerstatistik, durch den Mikrozensus, durch das Nds. Landesamt für Statistik oder im Rahmen der Integrationsmonitoringberichte des Bundes oder des Landes. Die Datenlage und die Erfassungszeiträume sind nicht immer identisch, so dass es zu statistischen Abweichungen kommt. Die zahlenmäßigen Unterschiede sind nicht immer transparent, so dass die kommunalen Gebietskörperschaften die Entscheidung treffen müssen, welche Daten sie veröffentlichen und als Leitzahlen für dieses Handlungsfeld nutzen wollen. Auf Bundesebene werden die statistischen Abweichungen mittlerweile analysiert, um auf Dauer eine präzise Datenbasis zur Verfügung stellen zu können.

Stadt Delmenhorst – Migration

Stand 31.12.2014

- **Bevölkerung insgesamt:**
(Einwohnermeldedatei, Haupt- und Nebenwohnsitz)

ca. 78.700

- **Menschen mit Migrationshintergrund**

ca. 22.000 (ca. 28 %)

Hauptherkunftsländer (ungefähre Anzahl geschätzt)

■ Türkei	10.500	<i>Hinweis : ca. 2.500 Aramäer</i>
■ Spätaussiedler	2.600	<i>Hinweis: v.a. aus Russland</i>
■ Polen	1.500	
■ Russland	550	
■ Griechenland	550	
■ Bulgarien	550	
■ Serbien	400	
■ Ukraine	380	
■ Italien	200	
■ Andere europäische Länder	2.300	
■ Irak, Libanon, Syrien	1.000	
■ Kasachstan	150	
■ Andere asiatische Länder	820	
■ Afrika	280	
■ Amerika	220	

- **Ausländer insgesamt** (aus über 110 Nationen)
(Einwohnermeldedatei)

ca. 7.900 (ca. 10 %)

Hauptherkunftsländer (ungefähre Anzahl)

■ Türkei	2.450 (31 %)
■ Polen	1.200 (15 %)
■ Bulgarien	500 (6 %)
■ Russland	250 (3 %)
■ Griechenland	250 (3 %)
■ Rumänien	250 (3 %)
■ Syrien	250 (3 %)
■ Ukraine	200 (3 %)
■ Serbien	200 (3 %)
■ Irak	160 (2 %)
■ Kosovo	140 (2 %)
■ Lettland	120 (2 %)
■ Italien	90 (1 %)
■ Libanon	90 (1 %)
■ Niederlande	80 (1 %)

Nach Erdteilen

Europa	ca. 6.500 (ca. 83 %)
Asien	ca. 1.000 (ca. 13 %)
Afrika	ca. 180 (ca. 2 %)
Amerika	ca. 80 (ca. 1 %)
Sonstige	ca. 80 (ca. 1 %)

■ Einbürgerungen

Von 2000 bis 2014 wurden insgesamt rund 3.000 Menschen mit ausländischer Nationalität eingebürgert. Im Durchschnitt pro Jahr ca. 210 Personen.

■ Wanderungssaldo 2014

Das Wanderungssaldo in 2014 aller Ausländerinnen und Ausländer betrug rund 1.000 Personen.

■ Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden

- Jahr 2013: ca. 130
- Jahr 2014: ca. 200
- Jahr 2015: ca. 350 (Schätzung)

■ Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge und Asylsuchende 2014

- Syrien: 70 Personen
- Albanien: 24 Personen
- Afghanistan: 17 Personen
- Kosovo: 14 Personen
- Montenegro: 13 Personen
- Irak: 12 Personen
- Serbien: 12 Personen
- ☒ Sonstige: Türkei, Iran, Georgien, Israel, Moldau, Marokko, Algerien, Tunesien, Pakistan, Eritrea.

70 Personen aus der Gruppe der zugewiesenen Asylbewerber waren minderjährig.

■ Aktuelles dynamisches Migrationsgeschehen

Insbesondere die Zuwanderung aus osteuropäischen EU Staaten hat mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer/innen deutlich zugenommen und wird zugleich durch eine sehr hohe Migrationsdynamik geprägt. So kamen in 2014 rund 1600 EU-Bürger/innen und im gleichen Jahr zogen rund 900 wieder fort. Die fünf größten Nationalitätengruppen waren Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Lettland.

Bemerkenswertes zur Migrationssituation in der Stadt Delmenhorst

- In der Stadt Delmenhorst liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund sowohl über den Bundes- als auch über den Landesdurchschnitt. Der Ausländeranteil liegt leicht unter dem Bundesdurchschnitt.
- Außergewöhnlich hoch ist der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit einer türkischen Migrationsbiografie. Auch hier liegt Delmenhorst über den Bundes- und Landesdurchschnitt.
- Teil der Bevölkerung mit vor allem türkischstämmiger Herkunft ist die Gemeinde der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien mit ca. 2.500 Angehörigen.
- Beim Blick auf die Altersstruktur wird erkennbar, dass die Bevölkerungsgruppe der Ausländer deutlich jünger strukturiert ist, als die der Deutschen. So hat zum Beispiel im Vergleich die Gruppe der 26- bis 40-jährigen Ausländer einen deutlich höheren Anteil gegenüber den Deutschen.
- Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird auf rund 40 % geschätzt.
- Die Stadt Delmenhorst hat das Thema „Migration und Integration“ als kommunale Gestaltungsaufgabe angenommen und ein „Handlungskonzept zum Migrations- und Teilhabemanagement“ als Grundlage und zur Orientierung für alle in der Stadt Beteiligten erarbeitet.

Kirchliches und diakonisches Engagement zum Thema Migration und Asyl

Die Ergebnisse von Umfragen der AG Flüchtlingsfragen sowie der Fachstelle für Kindergartenarbeit des Oberkirchenrates ermöglichen Einblicke in das bereits bestehende Engagement zum Thema Migration und Asyl und geben Hinweise darauf, was noch getan werden sollte.

Mehr als 15% aller Kirchengemeinden engagieren sich beim Thema Migration und Asyl. Spezielle Gottesdienste für Migranten gibt es nicht. Vereinzelt besuchen Migranten die regelmäßigen Gottesdienste. Gemeindehäuser bieten z.B. Platz für regelmäßige Willkommenscafés oder für Sprachkurse. Kirchengemeinden engagieren sich in der Einwerbung und der Weitergabe von Kleiderspenden oder alltäglichen Gebrauchsgütern. Einige Gemeinden beteiligen sich an ökumenischen Besuchsdiensten in Flüchtlings- und Asylbewerberheimen. Ehrenamtliche Mitarbeitende engagieren sich auch im Alltag für Menschen mit Migrationshintergrund. Sie begleiten sie z.B. zu Behörden oder zu Ärzten. Die Kirchengemeinden kooperieren in der Regel mit den Diakonischen Werken in den Kirchenkreisen. Sie arbeiten auch mit anderen Akteuren wie der kirchlichen Erwachsenenbildung oder Kommunen und Vereinen zusammen. Gewünscht werden einerseits Angebote zur Fortbildung bzw. Zurüstung ehrenamtlich Mitarbeitender. Andererseits wird nach Unterstützung bei Sprachproblemen (Übersetzungen) und nach Kontakten zu spezialisierten Ärzten oder fremdsprachlichen Psychotherapeuten gefragt.

Besonders für Kindertagesstätten ist die Thematik ‚Migration und Flucht‘ mittlerweile zur großen praktischen Herausforderung geworden. Mitarbeitende sehen sich mit Sprach- und Verständigungsproblemen konfrontiert und fragen nach Dolmetschern. Auch nach Hintergrundinformationen zur Situation von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund wird gefragt. Der Umgang mit traumatisierten Kindern wird in den Kindertagesstätten vielfach als besondere Aufgabe erlebt. Der Oberkirchenrat und das Diakonische Werk werden in der zweiten

Hälfte des Jahres 2015 gemeinsam mit der Fachstelle für Kindergartenarbeit eine spezielle Handreichung für die Kindertagesstätten erarbeiten sowie ein zielgruppenorientiertes Fortbildungsangebot anbieten.

Die kommunalen Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe auf unserem Kirchengebiet werden im zweiten Halbjahr 2015 zu einem Termin mit der Kindergartenarbeit des OKR und mit Interessierten aus den Kirchenkreisen einladen, um auf Kooperationsmöglichkeiten für Kirchengemeinden hinzuweisen.

In den kreisdiakonischen Werken der Kirchenkreise Friesland-Wilhelmshaven, Delmenhorst / Oldenburg-Land, Oldenburg-Stadt und Oldenburger Münsterland werden Integrations- oder Migrationsberatung sowie Flüchtlingssozialarbeit angeboten. In den Kirchenkreisen Ammerland und Wesermarsch kooperiert die Diakonie eng mit der Integrationsberatung des Deutsch-Ausländischen Freundschaftsverein Ammerland e.V. bzw. mit Refugium Wesermarsch e.V. In Süddoldenburg besteht eine bewährte Kooperation mit der dortigen Caritas.

Die Kommunen suchen zunehmend die Unterstützung und Zusammenarbeit von Kirchengemeinden und kirchlich-diakonischen Einrichtungen.

Zusammengefasst bleibt festzuhalten, dass es wichtig ist, ehrenamtlich Mitarbeitende im Bereich Migration und Asyl fortzubilden und in ihrem Engagement zu begleiten. Darüber hinaus ist die Kooperation von Kirchengemeinden mit der Diakonie in diesem Bereich transparent zu gestalten, damit Zuständigkeiten bekannt und nachgefragt werden können.



Zur Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien

Die syrischen Christen oder christlichen Syrer(Suryoye) sind ethnisch gesehen semitischen Ursprungs, die in Aram Beth-Narin (Mesopotamien) zu Hause sind. Sie bilden als Aramäer eine hauptsächlich in Nahoststaaten, wie Syrien, Jordanien, Irak, Türkei, Libanon, Israel und Iran lebende ethnische, sprachliche und religiöse Minderheit, die sich in viele Kirchen und Konfessionen aufteilt. Der Begriff „Syrer“ hat mit der jetzigen politischen Bezeichnung von „Syrien“ als arabischer Staat nichts zu tun. Das Wort „Syrer“ ist ein Synonym für „Christ“.

Die Syrisch-Orthodoxe Kirche von Antiochien (heute: Antakya) ist eine der ältesten christlich-apostolischen Kirchen. Ihr Ursprung liegt zeitlich am Beginn des Christentums (37 n.Chr.). In der Apostelgeschichte 11,26 heißt es: „Die Jünger Jesu wurden zum ersten Mal in Antiochien Christen genannt.“ Die Organisatoren dieser Gemeinde waren Barnabas und

Paulus. Als ihr Oberhaupt gilt der Apostel Petrus, der 14 Jahre lang in Antiochien residierte und hier seinen apostolischen Stuhl um das Jahr 42 n.Chr. gründete. Damit ist das Primat der Patriarchen von Antiochien älter als der Stuhl Petri zu Rom. Damals wird Antiochien, die Hauptstadt von Syrien, als die Mutter der heidnischen Kirchen und Zentrale der Christenheit in Asien bezeichnet. Zunächst breitet sich das Christentum von Antiochien zur zweitgrößten Provinzhauptstadt Edessa aus, der Wiege und dem bedeutenden Kulturzentrum der Aramäer. Die Menschen im TurʿAbdin, in Beth Zabdai und Umgebung haben das Christentum schon damals durch Apostel Addai (Thaddäus) angenommen.

Geschichte

Der Autoritätsanspruch des Patriarchen von Antiochien erstreckt sich auf alle Christen des Orients. Daher trägt er bis heute den Titel „Patriarch der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien und dem

ganzen Orient“. Allerdings blieb Antiochien als das Zentrum der syrischen Kirche nicht lange bestehen. Das Patriarchat befindet sich seit 1959 in Damaskus. Der gegenwärtige Patriarch Moran Mor Ignatius Ephräm II. Karim gilt als 123. in der gesetzlichen apostolischen Sukzession der Patriarchen von Antiochien.

Sehr früh studieren die Syrer die Heilige Schrift und übersetzten das Alte Testament im 2. Jh. und das Neue Testament im 4. Jh. in ihre syrisch-aramäische Sprache. Außerdem übersetzten sie die Heilige Schrift auch ins Arabische und Chinesische und missionierten so den Osten bis Indien und China sehr früh.

Infolge von politischen Streitigkeiten, theologischen Auseinandersetzungen um die göttliche und menschliche Natur Christi und Missverständnissen kam es beim Konzil von Chalkedon (451 n. Chr.) zu einer Trennung zwischen den altorientalischen (syrischen, koptischen, äthiopischen und armenischen) Kirchen und den westlichen, chalkedonischen (byzantinischen und katholischen) Kirchen. In den Jahren danach war die syrisch-orthodoxe Kirche der harten Verfolgung durch die byzantinischen Kaiser ausgesetzt.

Trotz Diskriminierung durch den seit 658 herrschenden Islam entfaltete sich die Syrisch-Orthodoxe Kirche bis zum 12. Jh. zu blühendem Leben. Kennzeichen dieser Entwicklung ist eine hohe Zahl an Heiligen, Theologen und Klöstern. Allein im TurAbdin gab es im Mittelalter mehr als 80 Klöster. Sie spielten in der syrischen Kirche eine besondere Rolle, denn sie waren Kultur- und Bildungszentren, die Brücken schlugen zwischen abendländischer und morgenländischer Kultur. So wurde altgriechische Philosophie den Arabern bekannt und islamische Meister brachten dem Abendland später Kenntnisse der Medizin und Naturwissenschaft. Zur Zeit der Hochblüte im 12. Jh. unterstanden dem Patriarchen der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien nicht weniger als 20 Metropolitensitze und 103 Diözesen. Mit dem Einfall der Mongolen beginnt der äußere Verfall der

syrischen Kirche. Mongolenführer Timur Lenk vernichtet Land, Volk und die alten Kirchen. Das Osmanische Reich versuchte, sich zu Beginn des ersten Weltkrieges (1915) der verbliebenen syrischen Christen und Armenier zu entledigen.

Dogmatische Einordnung

Die Syrisch-orthodoxe Kirche bejaht die ersten drei großen ökumenischen Konzilien der Christenheit, das Konzil von Nizäa (325 n. Chr.), das Konzil von Konstantinopel (381 n. Chr.) und das Konzil von Ephesus (431 n. Chr.). Wie in den anderen orthodoxen und der katholischen Kirche werden die sieben Sakramente anerkannt und von einem geweihten Priester gespendet.

Die Syrische-Orthodoxe Kirche feiert Gottesdienste nach dem antiochenischen Liturgietyp, der auch als west-syrische Liturgie bezeichnet wird. Die Eucharistie ist bis heute Herz und Mittelpunkt der Kirche, deren Liturgie in aramäischer Sprache Jesu Christi gefeiert wird. Ihre Zeremonien sind reich an Hymnen und Sermonen.

Die syrisch-orthodoxen Christen sprechen einen aramäischen Dialekt, der Turoyo genannt wird. Mit dem nordostsemitischen Sprachstamm sind sie Teil der großen semitischen Sprachfamilie. Die Bezeichnung als aramäische Kirche ist eigentlich eine Fremdbezeichnung. Die Syrisch-Orthodoxe Kirche ist seit 1960 Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen.

Syrisch-Orthodoxe Christen in Delmenhorst

Die überwiegende Anzahl der syrisch-orthodoxen Christen in Delmenhorst stammt aus der Region des Tur-Abdin im Südosten der Türkei. Der Tur-Abdin ist ein Gebirgszug in der Provinz Mardin, direkt am Oberlauf des Tigris. Die Region wird traditionell von Kurden bewohnt und beherrscht. Weitere Gemeindemitglieder kommen aus Syrien, dem Irak und aus Israel. Der Name Tur-Abdin ist christlichen



Das Gebiet des Tur'Abdin nahe der syrisch-irakischen Grenzen ist Herkunftsregion fast aller syrisch-orthodoxer Christen in Delmenhorst.

Ursprungs und bedeutet auf Aramäisch so viel wie „Berg der Knechte“ oder „Berg der Einsiedler“ (Gottes). Er verweist auf die syrischen Mönche und Eremiten, die im frühen Mittelalter hier in Klöstern und Höhlen wohnten. Während damals viele bedeutsame Klöster bestanden, leben heute nur noch etwa 2.500 Syrer im Tur-Abdin. Die syrisch-orthodoxen Christen sind in der Türkei als Minderheit nicht anerkannt.

Die ersten syrisch-orthodoxen Christen kamen in den 1960er und 1970er Jahren als Gastarbeiter nach Delmenhorst und fanden in der heute nicht mehr bestehenden Nordwolle-Fabrik Arbeit. Durch den Nachzug von Familienangehörigen dieser Gastarbeiter wurde die Gemeinde größer. Aufgrund der bürgerkriegsähnlichen und politisch sehr angespannten Situation in der Türkei Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre verschlechterte sich die Situation für Christen zunehmend. Als damals die Konflikte zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen PKK ausbrachen, gerieten die Christen zwischen die Fronten. Sehr viele syrisch-orthodoxe Christen flüchteten deshalb vor Diskrimi-

nierung und ökonomischen Schwierigkeiten aus dem Südosten der Türkei und suchten Asyl in christlichen Ländern wie Deutschland.

Infolge dieser Fluchtbewegung entstand im Raum Delmenhorst die größte syrisch-orthodoxe Gemeinde in Niedersachsen. Bis Anfang der 80er Jahre konnten die syrisch-orthodoxen Christen die katholische Kirchen St. Marien in Delmenhorst für ihre Gottesdienste nutzen und sich auch im dortigen Gemeindehaus treffen. Damals bestand die Gemeinde aus 75 Familien. Die Gemeinde kaufte dann an der Bremer Straße ein altes Betriebsgebäude und baute dieses in Eigenleistung in eine Kirche mit kleinem Gemeindesaal um. Die „Mor Yuhanon D'akfona Kirche“ (zu deutsch: St. Johannes Kirche) wurde 1982 fertiggestellt und ist die erste syrisch-orthodoxe Kirche in Deutschland. Am 04.11.2001 wurde dann die vollkommen neu erbaute St. Johannes-Kirche mit 800 Plätzen und einem großen Gemeindezentrum an der Elsfler Straße 2 in Delmenhorst eingeweiht. Sie führt die Namenstradition der St. Johannes-Dorfkirche in Mzizah weiter. Denn die Delmen-

horster Aramäer stammen zu einem großen Teil aus dem kleinen Tur-Abdin-Dorf Mzizah nahe der syrischen Grenze. Seine Bewohner haben fast vollständig in Delmenhorst eine neue Heimat gefunden. Von einst 130 christlichen Familien leben heute gerade noch acht Familien in Mzizah. Insgesamt leben heute in Delmenhorst etwa 400 aramäische Familien mit an die 2.500 Mitgliedern; rund 350 Aramäer der St. Jakob-Kirche aus dem Raum Ganderkesee kommen noch hinzu. In Deutschland leben etwa 100.000 syrisch-orthodoxe Christen in ca. 60 Kirchengemeinden mit 57 Priestern und 12 Chorpiskopen (Dechanten).

Seit 2012 ist Delmenhorst auch Bischofssitz von Erzbischof Mor Julius Dr. Hanna Aydin und Patriarchalvikariat der Syrisch-Orthodoxen Kirche für die staatlichen und ökumenischen Angelegenheiten in Deutschland.

Die syrisch-orthodoxe Kirche ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland und Gründungsmitglied der ACK in Delmenhorst im Jahr 2013. Die Delmenhorster Gemeinde bietet Religionsunterricht an öffentlichen Schulen an. Kirchenchor und Sonntagschule sind fester Bestandteil ihrer Gemeindegemeinschaft in Delmenhorst. Sportlich sind die syrisch-orthodoxen Christen seit 1982 in ihrem Fußballverein „SV Tur Abdin“ aktiv.

Anmerkung

Als um 1980 die Zahl der Asylsuchenden sprunghaft und erstmalig auf über 100.000 Personen anstieg, vor allem aufgrund der seinerzeit dramatischen Situation in der Türkei, beschloss die Synode der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg die Einrichtung einer 0,5 Stelle Flüchtlingssozialarbeit und übertrug diese Aufgabe dem Landesverband des Diakonischen Werkes. Auf besonderer Bitte des damaligen Bischofs, Hans-Heinrich Harms, erhielten insbesondere die nach Delmenhorst geflüchteten Aramäer durch diese Stelle Beratung und Begleitung. Bischof Harms kannte die Syrisch-Orthodoxe Kirche und ihre Verfolgungssituation aus seinem ökumenischen Engagement. Ihm lag sehr daran, dass die aramäischen Christen in Delmenhorst eine neue Heimat finden. Lange Jahre begleitete auch Pfarrer Rolf Amling mit großem persönlichem Engagement die Syrisch-Orthodoxe Gemeinde und unterstützte sie beim Aufbau gemeindlicher Strukturen. Aktiv wurde er auch „im Blaumann“ bei der Herrichtung des ehemaligen Betriebsgebäudes in der Bremer Straße zur ersten syrisch-orthodoxen Kirche in Deutschland.



HERZLICH WILLKOMMEN · **حسنا ه حمله**

St. Johannes Kirche Delmenhorst

Syrisch-orthodoxe Kirche von Antiochien

جبال و محرم مدسح و مهد قسما / قلاوه دمهه جلاله دمهه / الحسنا

Das Vaterunser auf Deutsch und Aramäisch

ܕܝܗܘܐ ܐܠܗܐ ܡܠܟܐ

Das Gebet des Herrn i sslutho Moronoyto

ܡܠܠܐ ܕܗܝܠܐ

Sprich und bete in der heiligen Sprache Medshghal u mssali

ܠܗܝܠܐ ܡܡܝܬܐ

unseres Herrn Jesus Christus, bu leshono mqadsho

ܘܡܬܝܢ ܢܚܡܐ ܡܡܝܬܐ

die deine Aramäische Muttersprache ist, Du Moraydhan Jeshu' Mshiho

ܘܗܝܝܬ ܠܚܝܬܝܢ ܡܡܝܬܐ ܐܡܝܢܐ

die Jesus selbst seinen Jüngern dhiye-yo u leshonaydhuch u Suryoyo emhoyo:

ܘܢܚܡܐ ܠܐܠܗܐ ܠܠܗܝܬܝܢ ܡܡܝܬܐ ܕܗܝܠܐ

zu beten gelehrt hat. (Mt. 6, 9-13) d-Jeshu' maulafle la Talmidhaydhe. (Matay 6, 9-13)

ܐܚܝܐ ܘܚܡܝܬܐ

Vater unser im Himmel, Abun d-Baschmayo:

ܢܬܗܝܬ ܡܡܝܬܐ

Geheiligt werde dein Name. Nethqadasch Schmoch:

ܠܐܠܐ ܡܠܟܬܐ ܡܝܬܐ

Dein Reich komme. Tithe Malkuthoch:

ܢܗܝܬ ܚܝܬܐ

Dein Wille geschehe, Nehwe ssebyonoch:

ܐܝܬܐ ܘܚܡܝܬܐ ܐܝܬܐ ܥܠ ܥܝܬܐ

Wie im Himmel so auf Erden, Aykano d-Baschmayo of Bar'o:

ܥܝܬܐ ܠܥܝܬܐ ܘܡܝܬܐ ܡܝܬܐ

Unser tägliches Brot gib uns heute. Hab Lan Lahmo d-ssunqonan yaumono:

ܘܡܝܬܐ ܠܥܝܬܐ ܡܝܬܐ ܡܝܬܐ

Und vergib uns unsere Schuld, Waschbuq Lan Haubayn wa-Htohayn:

ܐܝܬܐ ܘܐܝܬܐ ܡܝܬܐ ܡܝܬܐ

Wie auch wir vergeben unsern Schuldigern. Aykano d-Of Hnan schbaqan L-Hayobayn:

ܠܐ ܠܥܝܬܐ ܠܥܝܬܐ

Und führe uns nicht in Versuchung, u-Lo Ta'lan L-Nessyuno:

ܠܐ ܦܝܢ ܡܝܬܐ ܡܝܬܐ

Sondern erlöse uns von dem Bösen. Elo Fasson Men Bischo:

ܡܝܬܐ ܘܡܝܬܐ ܡܝܬܐ ܡܝܬܐ

Denn Dein ist das Reich Metul d-Diloch-i Malkutho:

ܡܝܬܐ ܘܡܝܬܐ ܡܝܬܐ ܡܝܬܐ

Und die Kraft und die Herrlichkeit u-Haylo u-Teschbuhto:

ܠܠܗܝܬܝܢ ܡܝܬܐ ܡܝܬܐ

In Ewigkeit. Amen. L'olam ,olmin Amin:



Erarbeitet und herausgegeben für
die 48. Synode der Ev.-Luth.
Kirche in Oldenburg

von der Synodalen Arbeits-
gruppe zum Jahresthema:

Fridjof Amling, Annette Domke,
Anne Frerichs, Julianna Grätz,
Olaf Grobleben, Theo Lampe,
Hans-Peter Schmidtke

Redaktion u. Informationsdesign:
Ferk Hinrichs, Diakonisches
Werk Oldenburg